

Hoffnung – trotz Verzweiflung?

Politische Bildung in der (Post-)Apokalypse

Tonio Oeftering

»Wir werden nicht daran zugrunde gehen, dass einige Zeitgenossen besonders niederträchtig sind, und nicht daran, dass andere besonders dämlich sind. Und nicht daran, dass einige von diesen und jenen mit einigen von denen identisch sind, die den Globus verwalten. Wir gehen an der seelischen Bequemlichkeit aller Beteiligten zugrunde. Wir wollen, dass es sich ändert, aber wir wollen nicht, dass wir uns ändern.«

(Kästner 2013, 249)

Anekdotische Empirie I

In meiner unmittelbaren Nachbarschaft wohnt ein Mann, der drei Autos besitzt: Einen Smart (den er meistens seiner Freundin leiht), einen Golf und einen großen Porsche SUV. Ich stehe mit ihm auf der Straße und wir unterhalten uns über das zunehmend verrücktspielende Wetter. An einem Punkt des Gesprächs sieht er mich ernst an und sagt: »Weißt du, Tonio, mein bescheidener Beitrag zum Umweltschutz ist der, dass ich, wenn ich in die Stadt fahre, nicht den Porsche, sondern den Golf nehme.« Und ich denke: »Wie sollen wir das nur schaffen, wie soll das gehen, hier nicht alles vor die Wand zu fahren?«

Hoffnung – aus oder trotz Verzweiflung?

In der Vorrede seines Buchs »(Post-)Apokalyptische Bildungsmaschinen« (2025) deutet Werner Friedrichs an, ob es angesichts neuer existenzieller Unsicherheiten, gesellschaftspolitischer Verwerfungen, der unkontrollierbaren Klimaveränderungen, der Rückkehr des Krieges nach Europa, kurz: ob angesichts der (Post-)Apokalypse nicht erstens die Notwendigkeit besteht, ganz

neu über politische Bildung nachzudenken und ob zweitens hieraus nicht auch die Notwendigkeit erwächst, neu, also anders über politische Bildung zu schreiben (ebd., 7). Die neue Konstellation der (Post-)Apokalypse scheint mit den eingeübten Schreibweisen nur bedingt erfassbar zu sein, zu weit ist das sich vor uns auftuende Feld, zu groß die Unsicherheit über das, was ist und kommen wird angesichts großer Herausforderungen, die vielleicht zu groß sind, als dass wir sie tatsächlich noch bewältigen könnten. Angemessen oder zumindest einen Versuch wert scheint beim Schreiben ein experimentelleres Vorgehen, das Raum für Zwischenrufe und Gedanken lässt, das dynamische Suchbewegungen abbildet und sich nicht in einer bloßen Darstellung von Fakten erschöpft, was auch bedeuten kann, dass beim Verfassen eines Manuskripts vielleicht noch gar nicht klar ist, was am Ende darinstehen wird (ebd., 22, Fußnote 5). An Friedrichs anschließend beinhaltet auch der folgende Text keine in sich geschlossene, einem strikten roten Faden folgende und stringente Argumentation. Er ist mehr (wissenschaftlicher) Essay als *double-blind-peer-review-international-highly-ranked-journal-fähiges-paper*. Mehr Suchbewegung als Ergebnisdarstellung. Mehr Fragen als Antworten. Der Versuch, auf Probleme hinzuweisen, evtl. auch Richtungen aufzuzeigen, in die politische Bildung denken könnte, um im Angesicht aktueller Krisenlagen nicht in der Bedeutungslosigkeit zu versinken, weil sie nicht nur keine Antworten auf die dringenden Fragen der Gegenwart hat, sondern noch nicht einmal die Fragen stellt.

Der Titel der Ausführungen ist angelehnt an den im Jahr 1988 von Bruno Schoch veröffentlichten Aufsatz »Ernst Bloch: Hoffnung – aus Verzweiflung« (Schoch 1988). Dieser erschien in einem von Dan Diner herausgegebenen Band zu der Frage, wie nach dem Zivilisationsbruch Auschwitz überhaupt noch philosophisches Denken möglich sei (Diner 1988). In Schochs Text geht es um die Überlegung, warum Auschwitz in Blochs Werk eine so untergeordnete Rolle zu spielen scheint. Es gibt nur wenige Abhandlungen, in denen sich Bloch explizit oder gar ausführlich des Themas Auschwitz annimmt. In besagtem Text Schochs geht es aber auch um etwas anderes, nämlich die Frage, wie jemand wie Bloch, obwohl er Zeitzeuge zweier Weltkriege und des Holocaust war, trotzdem zum großen Philosophen der Hoffnung werden konnte. Im Folgenden wird allerdings eine kleine Akzentverschiebung vorgenommen. Es geht weniger um die Frage, wie aus der Verzweiflung Hoffnung erwächst. Sondern um die Frage, ob und wie unter den Bedingungen der (Post-)Apokalypse überhaupt noch gehofft werden kann und wenn ja – worauf? Was kann Hoffnung heute angesichts einer zerfallenden Welt noch bedeuten und kann der Begriff Hoff-

nung noch einen Platz in der politischen Bildung beanspruchen, oder erweist er sich wie andere prekär gewordene Begriffe und Ideen der politischen Bildung selbst als zweifelhaft, wenn nicht gar »unhaltbar« (Blühdorn 2024)?

Ausgangspunkt ist dabei eine scheinbar triviale Selbstbeobachtung: Ich stehe morgens auf und mache, so gut ich es eben kann, meinen Job als politischer Bildner. Warum eigentlich? Was treibt mich an, wieso nehme ich an, meine Tätigkeit habe angesichts einer zunehmend sich als katastrophal erweisenden Gegenwart und einer geradezu beängstigenden erwartbaren Zukunft überhaupt noch einen Sinn?

Anekdotische Empirie II

*Es ist der 13. Juli 2023, der Tag an dem sich Aktivist*innen der Letzten Generation auf die Landebahnen der Flughäfen in Hamburg und Düsseldorf geklebt haben. Ich sitze im Friseursalon. Die Friseurin, die hinter mir steht, schwitzt und ächzt und sagt über die Hitze: »Ich halte das nicht mehr aus, das wird immer schlimmer!« Am Schneideplatz neben mir kommen die zweite Friseurin und ihre Kundin auf die Klimaaktivist*innen in Hamburg zu sprechen. Ich höre wie die Friseurin am Nebenplatz sagt: »Das ist unmöglich, was die da veranstalten.« Die Kundin sagt: »Einfach drüberfahren mit dem Flugzeug, sollte man einfach drüberfahren.« Die beiden Friseurinnen pflichten entschlossen bei. Und ich denke: »Wie soll das gehen? Wie soll es bei diesen Einstellungen möglich sein, eine Wende hin zu einer noch annähernd lebenswerten Zukunft zu gestalten?«*

Der Sound der Politik und der Sound der politischen Bildung

Bereits im Jahr 2018 veröffentlichte Astrid Séville ihr Buch »Der Sound der Macht«, in dem sie pointiert exemplarisch aufzeigt, wie Politik Handlungsmacht und Kontrolle zu suggerieren versucht wo Hilflosigkeit herrscht und wie problematische ideologische Positionen normalisiert werden (Séville 2018). Und heute, knapp zehn Jahre später? Dröhnt der Sound der Macht, der Sound der Politik nicht ohrenbetäubender denn je? Phrasen wie »Wir rufen alle Beteiligten zur Mäßigung und zur Einstellung der Gewalt auf« oder auch »Wir müssen jetzt die ökologische Transformation entschlossen voranbringen« zeugen mehr denn je von Leere, wo Substanz behauptet wird, von Hilflosigkeit, wo Handlungsmacht demonstriert werden soll.

Und die politische Bildung? Gibt es nicht auch einen Sound der politischen Bildung, der vor lauter routiniertem Dröhnen die eigentlichen Fragen in ihrer Dringlichkeit bis zur Unkenntlichkeit übertönt? Zwei Ursachen können hier angedeutet werden: Erstens, spätestens in der Zeit nach dem sogenannten »PISA-Schock« und der damit verbundenen Umstellung von Bildung auf Kompetenzen im gesamten Bildungswesen verbreitete sich in Teilen der politischen Bildung ein »Machbarkeitsgestus« (Oeftering 2013, 57), dem der Glaube zugrunde liegt, politische Bildungsprozesse ließen sich »steuern«, indem sie mit evidenzbasierter Überprüfung von Kompetenzzuwächsen verknüpft und gemessen werden. Dieser Glaube an die Steuer- und Überprüfbarkeit politischer Bildung verdeckte den Blick auf die Kontingenzen und die eigene Verstrickung in die sich krisenhaft zuspitzenden gesellschaftlichen Entwicklungen, weil zu wenig die Frage gestellt wurde, ob politische Bildung nicht unversehens selbst an der Zuspitzung dieser krisenhaften Zustände mitwirkt. Bspw. indem sie zentrale, von ihr anvisierte Kompetenzen wie Handlungskompetenz nicht frühzeitig in ihrer Ambivalenz erkannt und sie stattdessen grundsätzlich für ein wünschenswertes Ziel politischer Bildungsbemühungen gehalten hat (s. u.). Als zweite und damit zusammenhängende Ursache kann vielleicht auch eine in Teilen der Fachdidaktik verbreitete gewisse Bequemlichkeit ausgemacht werden, die darin begründet ist, dass sich politische Bildung oft darin erschöpfte, die liberale Demokratie als einen »allmählich überraschungsfrei wirkenden Gegenstand« (Hacke 2018, 63) zu vermitteln, der zwar mit gelegentlichen Herausforderungen konfrontiert wurde, im Großen und Ganzen jedoch als gesetzt angesehen werden konnte. Dass die Klimakatastrophe tatsächlich in solch ungebremsen Ausmaß Realität werden würde, wie es sich anfühlt, plötzlich unter ihren Bedingungen zu leben und was für Handlungszwänge und zugleich -restriktionen sich daraus ergeben würden, wurde ebenso wenig konsequent antizipiert wie die Möglichkeit, dass rechte und rechtsextreme Kräfte in einem Maße an Stärke gewinnen würden, dass die liberale demokratische Ordnung innerhalb kurzer Zeit ernsthaft in Gefahr gerät. Beides hätte das Nachdenken über politische Bildung verändert. Statt Gestaltbarkeit von Zukunft wäre stärker ihr Ende in den Fokus gerückt. Stattdessen: Ein unverbrüchliches Festhalten an Kompetenzen und Konzepten der Politik, an der Machbarkeit politischer Bildung, die Überzeugung, das Richtige zu tun und die Überzeugung, politische Bildung verfolge nicht nur die richtigen Ziele, sondern verfüge auch über die notwendigen Strategien, Methoden und Mittel, diese zu verwirklichen.

Allerdings werden die diesem Denken und Handeln und die ihm zugrundeliegenden Überzeugungen und Zielvorstellungen von Demokratie, Emanzipation, Mündigkeit usw. zunehmend prekär. In der politischen Bildung verfolgte »Bürgerleitbilder« (Detjen 2013, 215 ff.) werden plötzlich in ihrer vollen Ambivalenz sichtbar: Die reflektierte Zuschauerin erfreut sich am Anblick abgeschobener Menschen (offene Freude über die im Mittelmeer Ertrunkenen traut sie sich vielleicht noch nicht), die interventionsfähigen Bürger*innen verstopfen mit Bauschaum die Wärmepumpen der Nachbarn und der Aktivbürger macht Karriere in der AfD. Die Annahme jedenfalls, das »aufgeklärte, mündige Subjekt [...] würde aus freier Entscheidung und rationaler Einsicht, das Vernünftige tun, das zugleich auch moralisch richtig wäre« (Blühdorn 2026, 37), trägt nicht mehr.

War es lange Zeit eine Selbstverständlichkeit, Kompetenzen wie Handlungsfähigkeit oder Kritikfähigkeit als wünschenswerte Ziele politischer Bildung zu verfolgen, reibt sich die Zunft plötzlich die Augen: Auch die PEGIDA-Demonstrierenden, die Corona-Demonstrant*innen (»Ich fühle mich wie Sophie Scholl«) und die Wähler*innen der AfD würden wohl für sich in Anspruch nehmen, kritisch, emanzipiert und mündig zu sein. Die »Ambivalenzen der neuen Partizipationskulturen« (Oeftering 2021) werden jedenfalls sichtbar und fordern die politische Bildung heraus. Mit einem einfachen »so war das mit der Handlungsfähigkeit aber nicht gemeint« wird sie sich jedenfalls nicht aus der Affäre ziehen können. Stattdessen muss politische Bildung erkennen, dass in der Spätmoderne »neue politische Akteure im Namen des ›gesunden Menschenverstandes‹ ausdrücklich gegen diese ›alten‹ bürgerlich-liberalen Vorstellungen von Vernunft und Verantwortlichkeit [opponieren]. Auch diese Akteure verstehen sich als kritische Bewegungen, die politische Mündigkeit und Gestaltungsfähigkeit für sich in Anspruch nehmen. Hier frisst die Revolution ihre Kinder« (Blühdorn 2026, 37).

Der didaktische Modus des Zeigens, Belehrens, Wollens etc. stößt an seine Grenzen (Friedrichs 2025, 33). Die Vorstellung, politische Bildung könne Heranwachsende und Erwachsene planmäßig an die Demokratie heranführen und die Kluft zwischen Lernenden und politischem Raum überbrücken, indem sie die richtigen fachlichen Inhalte vermittelt und damit relevante Gegenstandsbereiche einfach aufschließt, erweist sich als brüchig. Der »Schlüs-

sel passt nicht mehr«¹, die Zukunft, auf die die politische Bildung vorbereiten wollte, wird es als Gegenwart nicht geben.

Anekdotische Empirie III

*Ich sitze im Garten einer Pension am Tisch und esse mein Abendbrot. Ebenfalls am Tisch sitzen eine Frau und ein Mann. Wir unterhalten uns und sie fragt, was ich beruflich mache. Ich antworte, dass ich mich als Professor mit Politikwissenschaft und politischer Bildung befasse. »Oh je, Politik!« winkt der Mann sofort ab (eine Erfahrung, die ich inzwischen leider mit vielen Kolleg*innen teile, von denen mir einer sagte, er würde diese Frage nach seinem Beruf schon gar nicht mehr beantworten). Und dann beginnt er einen Monolog, in dem er das volle Repertoire verschwörungstheoretischer Mythen abspult. Er beginnt bei den Nazis in Kyjiw, kommt auf Umwegen auf Corona zu sprechen und sieht mich schließlich ernst an und sagt: »Und überhaupt. Ich kenne mich da aus. Solche Türme fallen nicht in sich zusammen, nur weil da ein Flugzeug reinfliegt.« Ich sitze fassungslos da, ärgere mich, dass ich den verschwörungsgläubigen Sermon nicht unterbrochen habe und denke: »Wie soll das gehen? Wie sollen solche Weltzugänge überhaupt noch irritiert werden?«*

Das Problem der demokratischen Legitimierung notwendiger Entscheidungen

Was alle drei Anekdoten gemein haben: Die dort beschriebenen Menschen sind alle erwachsen. Sie sind allen gängigen Bildungsinstitutionen längst entwachsen und für politische Bildungsprozesse kaum mehr erreichbar. Deswegen nochmal die Frage: Wie soll das gehen?

Würden Menschen wie mein Nachbar jemals ein Verbot von SUVs, wenn schon nicht unterstützen, so doch wenigstens akzeptieren? Wären die Friseurinnen bereit, sich ernsthaft mit den Zukunftsängsten und politischen Anliegen der jungen Menschen auseinanderzusetzen, diese vielleicht sogar zu unterstützen, auch wenn dies mit Einschränkungen des eigenen Lebensstils verbunden wäre? Wie wäre es möglich, dem Gast in der Pension klar zu machen, welch abwegige Vorstellungen von der Welt ihn leiten und würde er überhaupt

1 Ich danke Herbert Uhl für diese im persönlichen Gespräch geäußerte treffende Formulierung.

zuhören? Schwer vorstellbar. Was aber nichts an der Notwendigkeit ändert, dass innerhalb kurzer, vor uns liegender Zeiträume tief in unsere »imperiale Lebensweise« (Brand/Wissen 2017) eingreifende Maßnahmen ergriffen werden müssten, um einen für möglichst Viele (und nicht nur die weit überprivilegierten Klassen) einigermaßen lebenswerten Planeten zu erhalten.

Abgesehen davon, dass zu bezweifeln ist, dass die oben aufgeführten Personen solche Einschnitte hinnehmen oder gar unterstützen würden, stellt sich noch grundsätzlicher die Frage, wie die diesen notwendigen Maßnahmen zugrundeliegenden, allgemeinverbindlichen Entscheidungen überhaupt zustande kommen sollen? Wer soll sie auf welcher Legitimationsbasis fällen und für wen sollen sie gelten? Die reflexartigen Reaktionen etwa auf das sogenannte Heizungsgesetz des ehemaligen Bundesumweltministers Robert Habeck zeigten deutlich, wie wenig ausgeprägt die Bereitschaft in nicht unerheblichen Teilen der Bevölkerung ist, zugunsten des Allgemeinwohls den eigenen Lebensstandard einzuschränken² – »Not in my backyard!« lautet die Devise. Neben diesem Unwillen zur Veränderung der individuellen Lebensweise bzw. vielleicht auch damit verbunden spielt inzwischen aber auch noch eine tieferliegende, krisenhafte Erscheinung eine Rolle: Nämlich das grundsätzliche Zweifeln an der Leistungsfähigkeit der demokratischen Ordnung bzw. an der Demokratie als wünschenswerter Ordnung überhaupt.

Demokratien, so Philipp Lepenies, »entstehen, weil Menschen unzufrieden sind. Weil sie wollen, dass sich ihr Leben nachhaltig und dauerhaft verbessert.« (Lepenies 2026, 62) Derzeit sieht es allerdings eher danach aus, dass dies genau die Gründe sind, warum Demokratien vergehen. Ihr »Versprechen auf ein Leben, das besser wird« (ebd.) vermögen sie in der Wahrnehmung vieler Menschen jedenfalls nicht mehr einzulösen. Die Demokratie und das mit ihr verbundene Lebensmodell verlieren zunehmend an Attraktivität, sie »sterben« (Levitsky/Ziblatt 2019), »der Westen« und sein Politik- und Gesellschaftsmodell verlieren deutlich an Anziehungskraft (Krastev/Holmes 2019), längst nicht mehr nur in dessen Peripherie, sondern – siehe USA – auch in seinem Innersten.

Aus diesen (und anderen) Gründen erscheint es wenig erwartbar, dass die oben angesprochenen notwendigen Entscheidungen in absehbarer Zeit

2 Kein ganz neues Phänomen, es sei in diesem Zusammenhang auch an den ebenfalls von den Grünen im Bundestagswahlkampf 2013 vorgebrachten Vorschlag eines *Veggie-tags* in öffentlichen Kantinen und den ihm folgenden medial verstärkten Aufschrei erinnert.

getroffen und durchgesetzt werden können. Dies bedeutet allerdings auch, dass »die Kinder und Jugendlichen, [...] in der Welt werden leben müssen, die die Wissenschaft seit dreißig Jahren prognostiziert.« (Horn 2023, 43)

Dem hier formulierten Beharren auf grundlegende Veränderungen unserer Lebensweise könnte nun entgegengehalten werden, es werde lediglich die »große Geste« (Nassehi 2024) bedient, weil aus einer gesamtgesellschaftlichen Notwendigkeit heraus auf eine kollektive Handlungsfähigkeit und eine dieser zugrundeliegenden notwendigen Gesamtbereitschaft geschlossen werde, die es so nicht gibt. Nassehis Kritik an der »großen Geste« ist sicher berechtigt. Allzu oft wird die Transformation von verbalen Weltverbesserungskaskaden begleitet, an deren moralischer Richtigkeit ebenso wenig zu rütteln ist wie an der Unmöglichkeit ihrer Durchsetzung. Nassehi ist zuzustimmen, wenn er darauf hinweist, dass diese Apelle zur unverzüglichen Weltverbesserung ins Leere laufen (müssen), weil die »Polyphonie« der Gesellschaft (ebd., 101 ff.), also die Tatsache, dass es das eine große Kollektiv nicht gibt, sondern nur unzählige unterschiedliche träge Akteure mit je eigenen Interessen und Handlungslogiken, nicht angemessen berücksichtigt wird. Die Frage ist aber, wie es gelingen kann, diese unzähligen Akteure im besten Fall wie ein orchestriertes Musikstück zusammen klingen zu lassen, wie es gelingen kann, einzelne Bestandteile so zusammenwirken zu lassen, dass sie trotzdem harmonisieren und damit Veränderung möglich wird. Ob Nassehis Apell für eine Transformation der »kleinen Schritte« (ebd., 198, 215 ff.) ein gangbarer Weg ist, ist allerdings ebenso fraglich wie die Annahme, die Welt ließe sich mittels der großen Transformation von heute auf morgen ändern. Denn erstens würde auch die Umsetzung kleiner Schritte am Ende auf der Ebene der einzelnen Akteure deren Einsicht in die Notwendigkeit einer Veränderung voraussetzen. Woher diese Einsicht kommen soll, ist unklar (Stichwort: SUV-Fahrer). Und zweitens mag Nassehi recht haben, dass es nicht *die* Gesellschaft als Kollektiv gibt, sondern lediglich den polyphonen Vielklang. Das ändert aber nichts daran, dass eben doch *die* Gesellschaft als Ganze von der Klimakatastrophe betroffen ist, es gewissermaßen zwar nach wie vor Holzklasse und Panoramasuite gibt, uns das Wasser in unterschiedlichem Ausmaß bis zum Hals steht, wir am Ende aber eben doch in einem Boot sitzen und in sehr kurzer Zeit kollektiv verbindliche Maßnahmen ergriffen werden müssten, um noch Schlimmeres als das zu Erwartende zu verhindern.³

3 Der Musksche Mars-Eskapismus wird aller Voraussicht nach auch für die Reisenden der Panoramasuiten zu spät kommen.

Also noch einmal die Frage: Wie sollen diese Maßnahmen beschlossen und durchgesetzt werden? Die berühmt berüchtigte *Ökodiktatur* scheint nicht der Weg zu sein. Unklar ist zunächst, wer sich hier wie zur Diktator*in aufschwingen könnte und ob und wie und von wem die dann angedachten Direktiven durchgesetzt werden sollten. Hinzu kommt: Autoritäre Regierungen neigen – wie im Falle der USA zu sehen – offenbar nicht dazu, ein zukunftsfähiges *transformatives* Programm zu verfolgen, sondern sie erweisen sich eher als Treiber eines globalen *Rollbacks* ins fossile Zeitalter in Verbindung mit einer Abwicklung demokratischer Errungenschaften wie etwa der Gewaltenteilung.

Unterhalb der Schwelle einer Ökodiktatur wird immer wieder die Frage aufgeworfen, ob nicht eine Regierung der Technokraten der gangbare Weg wäre (Staab 2022a). Vorgeschlagen wird u. a. eine »protektive Technokratie«, deren Akteure, die nicht auf Basis demokratischer Wahlen, sondern aufgrund einer unterstellten Expertise handeln, Probleme lösen sollen, die von der Politik nicht gelöst werden (können) (Staab 2022b, 178 ff.). Was für die Ökodiktatur erst recht gilt, gilt aber auch hier: Den auf diesem Wege durchgesetzten Maßnahmen fehlte die demokratische Legitimation und spätestens seit der Finanzkrise von 2008 haben diese Formen der Governance auch keinen allzu guten Ruf mehr.

Die dritte Möglichkeit, die Herstellung durch Verfahren legitimierter allgemeinverbindlicher Entscheidungen, die auf demokratischem Wege zustande kommen, erscheint angesichts der gesamtgesellschaftlichen Stimmungen, wie oben erwähnt, ebenfalls unwahrscheinlich. Folgt daraus, dass es überhaupt nicht gelingen wird, der Klimakatastrophe, wenn schon nicht mehr etwas entgegenzusetzen, dann doch wenigstens einen angemessenen, das hieße neuen Umgang mit ihr zu finden?⁴

Hoffnung – oder doch nur Verzweiflung?

Apokalyptisches Denken treibt die Menschheit um, seit sie sich ihrer eigenen Vergänglichkeit bewusst ist. Über die Jahrtausende hinweg lässt sich nachzeichnen, wie das Nachdenken über das und die Erwartung des Endes die Menschen beschäftigt hat und wie präsent die bevorstehende Apokalypse zu allen Zeiten war (vgl. Jakob 2023, 19 ff.). Vielleicht ist das Neue, das unsere

4 Zu der Rolle, die »Klimaangst« und andere Gefühle hierbei spielen könnten, vgl. den Beitrag von Schwen/Leisgang in diesem Band.

Gegenwart prägt, also weniger die Erwartung des bevorstehenden Endes der uns bekannten Welt, sondern vielmehr, dass diese Erwartung inzwischen nicht mehr auf spekulativen Mythen und Glaubenssätzen, sondern auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruht. Das Anthropozän, die Tatsache, dass wir in einer Zeit leben, in der es nicht mehr göttliches Wirken oder Launen der Natur sind, die die Erde verändern, sondern unser eigenes Handeln, gibt dem apokalyptischen Denken eine Wendung, die einen neuen Blick auf die Gegenwart und die Zukunft evoziert: Das tatsächliche Eintreten der Apokalypse ist nichts, das der Menschheit widerfährt, sondern die Menschheit hat sie selbst herbeigeführt und die Zeitfenster, dieses zu verhindern, haben sich geschlossen: »Nicht offene, sondern verstellte Zukunft ist die zeitliche Signatur dieser sich selbst destruirenden Moderne« (Bröckling 2025, 458).

Möglicherweise liegt jedoch genau in der bedingungslosen Akzeptanz dieser Tatsache nicht nur ein denkbarer Ursprung für Hoffnung, sondern auch ein Ausgangspunkt, um über politische Bildung in der (Post-)Apokalypse nachzudenken, auch – oder vielleicht auch gerade – weil »der Gedanke, dass der Zeitpunkt verpasst worden sein könnte, an dem der Zukunftshorizont noch offenzuhalten war, schwer erträglich [ist]« (ebd., 460).

Aber worin sollte Hoffnung in dieser Situation begründet sein? Zunächst einmal ist festzuhalten, dass Hoffnung nicht dasselbe ist wie Optimismus (Han 2024, 16 f.). Wer hofft, geht nicht davon aus, dass es ein gutes Ende geben wird – denn dann müsste man auf dieses nicht hoffen. Wer hofft, ist aber auch kein*e Pessimist*in, geht also nicht davon aus, dass es ohnehin böse ausgehen wird – denn dann wäre die Situation hoffnungslos. Beides, Verzweiflung und Hoffnung, gehören zusammen, die »absolute Hoffnung erwacht angesichts der Negativität der absoluten Verzweiflung. Sie keimt auf in der Nähe des Abgrunds.« (ebd., 56) Das heißt: Wer unter den Bedingungen der (Post-)Apokalypse hofft, ist sich bewusst, dass wir in eine Situation eingetreten sind, die unsere Lebensbedingungen fundamental verändern wird, und diese Aussicht ist es zunächst einmal, die Verzweiflung hervorruft – und zugleich der Quell von Hoffnung sein kann. Denn auch wenn Politik unter zukünftigen Bedingungen erwartbar vor allem eine Politik der »Anpassung« (Staab 2022b) an externe Gegebenheiten sein wird, bleiben Restspielräume, die es zu nutzen gilt: Das begrenzte Land, das noch bewohnbar sein wird, wird aufgeteilt werden müssen. Knappe Wasserressourcen werden verteilt werden müssen. Der Umgang mit Naturkatastrophen wird geordnet werden müssen. Konflikte werden geregelt werden müssen.

Auch unter den uns bevorstehenden, katastrophalen Bedingungen werden die Menschen also – so lange noch welche auf der Erde leben – vor der Aufgabe stehen, die dann noch vorhandene Welt zu ordnen und ihre gemeinsamen Angelegenheiten zu regeln. Diese »Unaufhebbarkeit des Politischen« (Punt-scher-Riekman 2006) könnte der Ausgangspunkt sein. Allerdings: Auf welche Weise dies alles geschieht, ob es auf einem demokratischen Weg zu schaffen sein wird, oder ob die Erde im »Worst-Case-Szenario« der »kommenden Diktaturen« (Simon 2024) versinkt, ist bei aller angebrachten Skepsis, dass Ersteres gelingt, offen. Aber Hoffen heißt eben auch »bereit sein für Neues« (Marks 2023) und diese Offenheit ist der mögliche Ausgangspunkt für Hoffnung, denn, wie es bei Adorno heißt: »Nur wenn, was ist, sich ändern lässt, ist das, was ist, nicht alles.« (Adorno 1997, 391).

Unbenommen davon bleibt, dass die Welt, wie wir sie kennen, aus den Fugen ist und sich die Bedingungen, unter denen das, was ist, zu ändern sein wird, andere – und sehr viel ungemütlichere – sein werden, als wir es uns lange vorstellen konnten. Der Verlust der gewohnten Ordnungen und Orientierungen müssen aber wie oben beschrieben nicht das Ende der Politik und der Politischen Bildung bedeuten. Im Gegenteil: »Dass der Verlust als unausweichlicher Ausgangspunkt für politisches Handeln [und: politische Bildungsbemühungen, T. O.] internalisiert wird, führt nicht zwangsläufig zu Passivität oder einer Haltung, nach der nichts getan werden kann. Die Tatsache, dass eine Katastrophe irreparabel oder unausweichlich scheint, könnte im Gegenteil politische Aktion [und politische Bildung, T. O.] sogar befeuern« (Cassegård/Thörn 2024, 54). Das »Paradox der Hoffnung«, also die Annahme, Hoffnung werde »manchmal nicht durch explizit hoffnungsvolle Botschaften errungen [...], sondern durch das ausdrückliche Ablehnen dieser« (ebd., 57) eröffnet Räume, nicht nur für politisches Handeln, sondern auch für politisches Lernen.

Innerhalb der Sphäre des politischen Handelns würde damit eine »radikale Negativität als Handlungsfähigkeit« sichtbar werden, welche die Vorstellung des Endes der Welt als »gemeinsames Projekt«, als »eine Öffnung für Gestaltungskraft, Widerstand und Gerechtigkeit« (Stümer in diesem Band, 102) artikuliert. Aus der Verzweiflung über den Zusammenbruch der Welt wie wir sie kannten erwächst also die Hoffnung, dass gewissermaßen Bruchstücke aus der zukünftigen Vergangenheit, also unserer Gegenwart, hinübergerettet werden können in das, was vor uns liegt. Damit diese Bruchstücke von Freiheit, Demokratie usw. in neuen Gestaltungsräumen wirksam bleiben können und nicht der Versuch unternommen wird, ein sich als fatal erwiesen habendes »Weiter so« zu reproduzieren, müssten diese »so politisch realisiert werden,

dass ihre Rolle in der Verwüstung der Welt anerkannt und mitgedacht wird, damit sie überhaupt als Mittel kollektiver Transformation in unmöglichen Zeiten wirksam bleiben« (ebd., 99).

Mit der Akzeptanz der sich vollziehenden Umwälzungen und der Notwendigkeit der Neuformulierung und des Neuauslotens unserer politischen Begriffe und Kategorien verändert sich auch der Blick auf das politische Lernen. Ganz andere Fragestellungen erscheinen plötzlich relevant. Beispielsweise nicht mehr die Frage, was wir tun müssen, um das Unglück der Klimakatastrophe und des möglichen Endes eines demokratischen Zeitalters zu verhindern, alles zum Guten zu wenden, sondern die Frage, was wir tun können angesichts der Tatsache, dass es zu spät ist, das Unglück zu verhindern und alles zum Guten zu wenden? Die (Post-)Apokalypse fordert die politische Bildung heraus, darüber nachzudenken, »wie man sich aus der Perspektive einer umbrechenden Zeit mit der Welt sinnstiftend auseinandersetzen kann« (ebd., 104) und wie Ideen wie Demokratie, Freiheit usw. – aber auch Politische Bildung selbst – neu zu begreifen, formulieren und in einer Weise politisch wie didaktisch fruchtbar zu machen wären, die rechtfertigt, überhaupt an diesen festhalten zu wollen.

In seinem Buch »Radikale Hoffnung« befasst sich Jonathan Lear mit der Zerstörung der Kultur des nordamerikanischen Stammes der Crow durch die weißen Siedler (Lear 2023). Er zeigt u. a. am Beispiel des traditionellen »Sonnentanzes« auf, vor welchen Möglichkeiten die Crow angesichts des Untergangs ihrer Lebensweise standen (ebd., 67 ff.). Lear sieht drei Möglichkeiten, wie mit dem Tanz verfahren werden konnte angesichts der Tatsache, dass er seine ursprüngliche Funktion als Rachegebet nicht mehr erfüllen konnte, weil nicht mehr Krieg geführt wurde bzw. geführt werden durfte: 1. Der Sonnentanz wird einfach wie bisher weitergeführt, als quasi folkloristisch-nostalgisches Handeln, das zwar an vergangene Zeiten erinnert, in der neuen aber keinen Sinn, keine Funktion und keine Bedeutung mehr aufweist, sich im Grunde also gar nicht ereignet. 2. Dem Sonnentanz werden neue Sinnhaftigkeiten, Bedeutungen und Funktionen zugeordnet, um ihn auch unter den neuen Umständen noch sinnvoll bewahren zu können. 3. Der Sonnentanz wird nicht mehr getanzt, also abgeschafft, weil ihm keinerlei Sinn, keine Bedeutung, keine Funktion mehr zukommt.

Politische Bildung scheint im Angesicht der (Post-)Apokalypse vor drei vergleichbaren Wahlmöglichkeiten zu stehen: Sie kann zu dem Schluss kommen, ihre eigene Macht- und Wirkungslosigkeit lange genug unter Beweis gestellt zu haben und angesichts dessen gewissermaßen ihren Dienst einstellen. Sie

kann aber auch zu dem Schluss kommen, dass es doch eigentlich gut funktioniert, dass politische Bildung durchaus die richtigen Begriffe, Konzepte, Kompetenzen usw. bereitstellt und damit ungeachtet ihrer eigenen Verstrickungen in die sich als katastrophal erweisenden gesellschaftlichen Bedingungen einfach weitermachen wie bisher. Oder aber, die dritte Möglichkeit, sie lässt sich auf das, was geschieht, wirklich ein. Sie zweifelt an ihren eigenen Gewissheiten und grundlegenden Annahmen. Sie reflektiert ihre zentralen Begriffe. Sie versucht ihrem didaktischen Denken und Handeln neue Sinnhaftigkeiten, Bedeutungen und Funktionen zu geben und fragt danach, welche Rolle sie zukünftig noch spielen kann, was ihre dieser Zeit angemessenen Ziele, Strategien und Methoden sein könnten.

Politische Bildung würde damit zu dem werden, was Ulrich Bröckling zuletzt als »soziologische Aufklärung« bezeichnet hat: Ein »gemeinschaftlicher Aufwachraum« (Bröckling 2025, 460), in dem »die Albträume geteilt werden können, ohne die verstörende Ahnung des ›Zu spät‹ sofort wieder zu betäuben« (ebd., 460 f.). Stattdessen wäre es angezeigt, »sich affizieren zu lassen« und »kollektive Suchbewegungen zu initiieren« (ebd., 460), mit dem Ziel, politische Bildung unter Bedingungen der (Post-)Apokalypse neu zu denken und Wege zu finden, an ihr festhalten zu können – wohlwissend, dass ihre Möglichkeiten begrenzt sind, dass sie in ihrer Wirkung nicht überschätzt werden sollte, dass sie die ihr gesellschaftlich zugeteilte Rolle nur in einem eng abgesteckten Rahmen spielen kann (etwa aufgrund mangelnder Ressourcen und nur rudimentärer Verankerung im Bildungssystem), und es außerdem erstarrkende politische Kräfte gibt, die ihr eine neue Rolle zuteilen wollen, die mit ihren bisherigen aber auch neu zu bedenkenden Vorstellungen von Demokratie, Freiheit usw. nicht vereinbar sein wird. Und vor allem: Sie reflektiert, dass offen ist, ob politische Bildung sich überhaupt noch als zukunfts- und das heißt krisenfestes Unterfangen artikulieren und erweisen kann in einer Welt, in der darüber hinaus offen ist, ob es so etwas wie eine demokratische politische Bildung überhaupt noch geben wird. Die klimatologischen und politischen Entwicklungen der Gegenwart geben reichlich Anlass zu Zweifel und Sorge, ob dies gelingen kann. Aber:

»Dass überhaupt nichts hilft, ist – damals wie heute – keine Seltenheit. Eine Seltenheit wäre es allerdings, wenn das den Moralisten entmutigte. Sein angestammter Platz ist und bleibt der verlorene Posten. Ihn füllt er, so gut er kann, aus. Sein Wahlspruch hieß immer und heißt auch jetzt: Dennoch!« (Kästner 2013, 242 f.)

Epilog

Nun, da ich diesen Text fertigstelle, steht vor dem Haus meines Nachbarn kein Golf mehr. Stattdessen ein zweiter Porsche.

Literatur

- Adorno, Theodor W. 1997: *Negative Dialektik*. Frankfurt a. M.
- Blühdorn, Ingolfur 2024: *Unhaltbarkeit. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt a. M.
- Blühdorn, Ingolfur 2026: Die Werte der Politische Bildung erscheinen mir unhaltbar. Ein Gespräch mit Benedikt Widmaier und Alexander Wohnig. In: *Journal für politische Bildung*. 16/1, S. 34–39.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus 2017: *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*. München.
- Bröckling, Ulrich 2025: Lehren, was man nicht weiß. In: *Soziologie*. 54/4, S. 448–464.
- Cassegård, Carl/Thörn, Håkan 2024: Postapokalyptische Ökologie: Hoffnung und Gerechtigkeit im Katastrophenzeitalter neu denken. In: Friedrichs, Werner (Hg.): *Politische Bildung und Zukunft. Wie Herausforderungen im Anthropozän denken?* Wiesbaden, S. 47–63.
- Detjen, Joachim 2013: *Politische Bildung. Geschichte und Gegenwart in Deutschland*. München.
- Diner, Dan (Hg.) 1988: *Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz*. Frankfurt a. M.
- Friedrichs, Werner 2025: (Post)apokalyptische Bildungsmaschinen. Wie politische Bildung Zukunft produziert. Frankfurt a. M.
- Hacke, Jens 2018: Liberal sein oder nicht sein: Die Existenzkrise der Republik. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 63/11, S. 51–64.
- Han, Byung-Chul 2024: *Der Geist der Hoffnung. Wider die Gesellschaft der Angst*. Berlin.
- Horn, Eva 2024: Die Aisthesis der Luft. Klima als Medium verstehen. In: *Merkur*, 78/10, S. 39–52.
- Jakob, Christian 2023: *Endzeit. Die neue Angst vor dem Untergang und der Kampf um unsere Zukunft*. Berlin.

- Kästner, Erich 2013: Vorwort des Verfassers zur Neuauflage dieses Buches [1950] In: Kästner, Erich: *Der Gang vor die Hunde*. Roman. Zürich, S. 241–243.
- Krastev, Ivan/Holmes, Stephen 2019: *Das Licht, das erlosch*. Eine Abrechnung. Berlin.
- Lear, Jonathan 2023: *Radikale Hoffnung*. Ethik im Angesicht kultureller Zerstörung. Berlin.
- Lepenies, Philipp 2026: Keine Tugend ohne Tatkraft. Wie Demokratien entstehen – und auch wieder vergehen können. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 71/1, S. 60–67.
- Levitsky, Steven/Zibblatt, Daniel 2019: *Wie Demokratien sterben*. München.
- Marks, Stephan 2023: *Hoffnung – bereit sein für Neues*. Ostfildern.
- Nassehi, Armin 2024: *Kritik der großen Geste*. Anders über gesellschaftliche Transformation nachdenken. München.
- Oeftering, Tonio 2013: *Das Politische als Kern der politischen Bildung?* Hannah Arendts Beitrag zur Didaktik des politischen Unterrichts. Schwalbach/Ts.
- Oeftering, Tonio 2021: Die Ambivalenzen der neuen Partizipationskulturen. Politikdidaktische Annäherungen mit Hannah Arendt. In: *Zeitschrift für christlich-jüdische Begegnung im Kontext*, Heft 74/3, S. 203–209.
- Puntscher-Riekmann, Sonja 2006: Weder Tier noch Gott. Über die Unaufhebbarkeit des Politischen. In: Schmidinger, Heinrich/Sedmak, Clemens (Hg.): *Der Mensch – ein »zôon politikón«*. Gemeinschaft – Öffentlichkeit – Macht. Darmstadt, S. 47–70.
- Schoch, Bruno 1988: Ernst Bloch: Hoffnung – aus Verzweiflung. In: Diner, Dan (Hg.): *Zivilisationsbruch*. Denken nach Auschwitz. Frankfurt a. M., S. 69–87.
- Seville, Astrid 2018: *Der Sound der Macht*. Eine Kritik der dissonanten Herrschaft. München.
- Simon, Fritz B. 2024: *Die kommenden Diktaturen*. Ein Worst-Case-Szenario. Heidelberg.
- Staab, Phillip 2022a: Politiker lösen keine Überlebensfragen. Müssen jetzt die Technokraten ran? In: *Wirtschaftswoche* 96/44, S. 42–44.
- Staab, Phillip 2022b: *Anpassung*. Leitmotiv der nächsten Gesellschaft. Berlin.